

Willeke: Repetitorium (mündliche VWL-Prüfung)

30.11.2007

• Markt, Marktformen und Wettbewerb

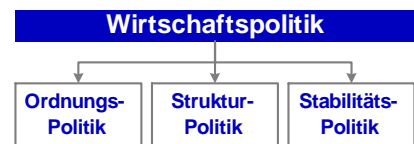
- wichtige Punkte bei der Analyse von Märkten und Marktformen sind
 - ⇒ **Anzahl Marktteilnehmer**
 - damit zusammenhängend: die Größe der einzelnen Marktanteile
 - ⇒ Unterscheidung nach **homogenen** und **heterogenen Märkten**¹
 - ein Markt kann aus sachlichen, räumlichen oder zeitlichen Gründen heterogen sein
 - ⇒ **Marktzugänglichkeit**
 - ist es leicht, in den Markt einzutreten?
z.B. gibt es am Strommarkt viele Anbieter, die aber alle bei den wenigen großen „Stromherstellern“ einkaufen müssen
 - ⇒ **Marktphase**, in der sich ein Markt gerade befindet, also
 - Expansion mit steigender Nachfrage
 - Saturierungsbeginn
 - Rückläufige Nachfrage
- Wettbewerb gliedert sich in
 - ⇒ **Wettbewerbsfunktionen**
zu unterscheiden sind:
 - *statische* Aufgaben des Wettbewerbs, die dem **Erhalt** und der **Wiederherstellung** des **Markt-Gleichgewichts** dienen, wie die **Anpassung** der Produktion/ des **Angebots** an die Marktnachfrage und die Sicherstellung einer optimalen **Faktorkombination** resp. **Faktorallokation**²; zudem ist die **leistungs- und produktivitätsentsprechende Vergütung** der **Produktionsfaktoren** für die erbrachte Faktorleistung zu erreichen
 - *dynamische* Aufgaben des Wettbewerbs, die das **Gleichgewicht stören** sollen – die Herbeiführung durch **Innovationen** geschieht durch Anreizsicherung und wird mit flankierenden, investitionssichernden Maßnahmen wie **Patenten**³ gefördert
vgl. auch das Gesetz gg. Wettbewerbsbeschränkungen⁴

¹ Um einen Markt als homogen bezeichnen zu können, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:
⇒ keine sachlichen Präferenzen: die Nachfrager präferieren kein Gut, da alle auf dem Markt angebotenen Güter gleichartig in ihrer stofflichen Zusammensetzung und Funktionalität sind
⇒ keine räumlichen Präferenzen: das angebotene Gut steht für alle Marktteilnehmer am gleichen Ort zur Verfügung. Man spricht deshalb auch vom ‚Punktmarkt‘
⇒ keine zeitlichen Präferenzen: das Gut muss von allen Anbietern für alle Nachfrager zur gleichen Zeit zur Verfügung gestellt werden
⇒ keine persönlichen Präferenzen: die Nachfrager bevorzugen keinen bestimmten Anbieter; sie werden von jedem Anbieter gleich gut bedient

Existieren auf einem Markt Präferenzen, handelt es sich um einen heterogenen Markt. In der Realität überwiegen die heterogenen Märkte. Das Produkt kann zwar homogen sein, aber in den wenigsten Fällen befinden sich die Güter alle am gleichen Ort oder werden zur gleichen Zeit von allen Anbietern angeboten. [unister.de]

² Eine **Fehlallokation** fand z.B. bei der **Förderung des Steinkohleabbaus** statt, die nur mit staatlicher Förderung durchführbar war. Dem Ende der Subvention hat gerade heute der Bundesrat zugestimmt: „Der Bundesrat hat das Ende der mit Milliardensummen subventionierten Steinkohle-Förderung in Deutschland im Jahre 2018 besiegelt. Die Vertretung der Länder ließ das vom Bundestag dazu beschlossene Gesetz ohne Einwände passieren. Die deutsche Steinkohle ist auf dem Weltmarkt seit langem nicht mehr wettbewerbsfähig. Zudem

⇒ **Wettbewerbspolitik**
 auch aktuelle Bezüge herstellen, – so ist der Strommarkt in Bewegung, es soll ein Gesetz verabschiedet werden, das dem Kartellamt mehr Möglichkeiten gibt⁵ Wettbewerbspolitik gliedert sich in Ordnungs-, Stabilitäts- und Strukturpolitik.



In die *Wettbewerbspolitik* fällt zunächst die Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung, danach hat sie die zugrunde liegende Ordnung zu erhalten. Das geschieht dann innerhalb der Wettbewerbsordnung.

Die *Stabilitätspolitik* fußt wesentlich auf den Vorgaben durch das Stabilitätsgesetz und muss für Geldwertstabilität sorgen, einen hohen Beschäftigungsstand fördern, angemessenes und stetiges Wachstum erreichen sowie ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anstreben, was in der Praxis als ausgeglichene Zahlungsbilanz verstanden wird (derzeit hat die BRD eine positive Handelsbilanz, negative einseitige Übertragungen und eine negative DL-Bilanz). Träger der Stabilitätspolitik ist wesentlich der Staat mit seiner Fiskal-(Haushalts-)Politik; sie gliedert sich in die Ausgaben- (konsumptive und investive⁶ Ausgaben) und Einnahmen- (Steuereinnahmen und Verschuldung) Politik

billigte der Bundesrat die umstrittene Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten für ein halbes Jahr.“

[Deutsche Welle, 30.11.2007]

³ es gibt Branchen, die regelmäßig durch Innovationen Schübe erhalten und deren Marktteilnehmer ohne entsprechende Sicherstellung von Entwicklungspotential geringe Marktchancen haben, z.B. in der Pharmaindustrie

⁴ wichtige Aussagen zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Auszug):

§ 1 GWB [Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen]

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.

§ 2 GWB [Freigestellte Vereinbarungen]

(1) Vom Verbot des § 1 freigestellt sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

1. Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder

2. Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

(2) Bei der Anwendung von Absatz 1 gelten die Verordnungen des Rates oder der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über die Anwendung von Artikel 81 Abs. 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen (Gruppenfreistellungsverordnungen) entsprechend. Dies gilt auch, soweit die dort genannten Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen nicht geeignet sind, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu beeinträchtigen.

§ 3 GWB [Mittelstandskartelle]

(1) Vereinbarungen zwischen miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen und Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen, die die Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge durch zwischenbetriebliche Zusammenarbeit zum Gegenstand haben, erfüllen die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1, wenn

1. dadurch der Wettbewerb auf dem Markt nicht wesentlich beeinträchtigt wird und

2. die Vereinbarung oder der Beschluss dazu dient, die Wettbewerbsfähigkeit kleiner oder mittlerer Unternehmen zu verbessern.

(2) Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen haben, sofern nicht die Voraussetzungen nach Artikel 81 Abs. 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft erfüllt sind, auf Antrag einen Anspruch auf eine Entscheidung nach § 32c, wenn sie ein erhebliches rechtliches oder wirtschaftliches Interesse an einer solchen Entscheidung darlegen. Diese Regelung tritt am 30. Juni 2009 außer Kraft.

⁵ Das Bundeskartellamt will die Möglichkeiten des neuen Kartellrechts rigoros nutzen und systematisch gegen zu hohe Strom- und Gaspreise vorgehen. „Wenn uns der Gesetzgeber ein schärferes Instrument an die Hand gibt, dann wollen wir damit nicht einfach nur drohen, sondern es auch anwenden“, sagte Kartellamtspräsident Bernhard Heitzer dem Handelsblatt (HB/Montagausgabe). Das Ende vergangener Woche vom Bundestag beschlossene Gesetz ermöglicht den Kartellbehörden eine strenge Preiskontrolle. Erst vor kurzem waren Stromanbieter durch die Ankündigung von Preiserhöhungen in die Kritik geraten. Die Unternehmen hatten dies mit gestiegenen Beschaffungskosten und dem Ausbau der erneuerbaren Energien begründet. Dies kann der Kartellamtspräsident nicht nachvollziehen: „Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch aus Fachkreisen heraus sind erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit dieser Begründungen erhoben worden. Plausibel erscheinen sie uns jedenfalls auch nicht.“

Spätestens bei der nächsten geplanten Preisrunde dürften damit die Stromriesen die schärferen Instrumente des Kartellrechts zu spüren bekommen. Denn das neue Gesetz hat die Beweislast umgekehrt: Die Unternehmen müssen gegenüber den Kartellwächtern ihre Kalkulation offenlegen. Bislang musste den Anbietern ein Missbrauch in langwierigen Verfahren nachgewiesen werden.

Heitzer wies Vorwürfe zurück, die Verschärfung des Kartellrechts komme einer staatlichen Preiskontrolle gleich. „Davon kann nun wirklich nicht die Rede sein. Das Instrument der Preismissbrauchskontrolle ist für eine flächendeckende Preiskontrolle weder gedacht noch geeignet. Es werden Ausreißer erfasst, bei denen der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung belegt werden kann“, sagte er. Eine Zerschlagung der Energiekonzerne hält Heitzer zwar grundsätzlich für die „sauberste Lösung“, um den Wettbewerb zu stärken. Die eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Vertrieb werfe jedoch in der Praxis eine Reihe von verfassungsrechtlichen Fragen auf, die langjährige juristische Auseinandersetzungen nach sich ziehen würden. „Damit wäre dem Wettbewerb wohl auch nicht gedient“, sagte Heitzer. Eine eigentumsrechtliche Entflechtung könne daher nur Ultima Ratio sein. [verivox.de/ dpa-Meldung, 19.11.2007]

⁶ die Quote der investiven Ausgaben ist seit Jahren zu niedrig

- **Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung**⁷

Während Konjunktur eher mittelfristig (ein Zyklus besteht häufig aus etwa 5 Jahren Aufschwung und 3 Jahren Abschwung) betrachtet wird, kann Wachstum sinnvoll nur längerfristig eingeordnet werden.

- **Konjunktur** sollte als **Begriff** erklärt und damit zusammenhängende **Sachverhalte** dargestellt werden können, insbesondere

⇒ **Konjunktur-Zyklen** (Aufschwung, Hochphase, Abschwung, Tiefstandphase) sind unterteilbar in **Mengenkonjunktur**, während der im Aufschwung die Nachfrage und das Angebot bei stabilen Preisen steigen sowie die **Preiskonjunktur**, die im Anschluss zur Mengenkonjunktur durch Preissteigerungstendenzen während der Boomphase gekennzeichnet ist
 → zunehmend sind die konjunkturellen Abläufe im Zusammenhang der Weltwirtschaft zu sehen, wie z.B. die Preissteigerungen im Lebensmittelsektor (insb. Milch)

- **Wachstum** wird allgemein als Steigerung des BIP im Betrachtungszeitraum verstanden

⇒ bricht man das BIP auf das Volkseinkommen VE herunter, kann man das **Pro-Kopf-Einkommen** PKE bestimmen

$$PKE = \frac{VE}{\text{Bevölkerung}}$$

das **Volkseinkommen** errechnet sich, indem das BIP um die Abschreibung AS vermindert wird; Abschreibungen sind dabei die Ersatzinvestitionen, die der Substanzerhaltung dienen und deshalb in den Unternehmen verbleiben

$$VE = BIP - AS$$

Während der Abschwungphase gibt es zumindest ein geringeres Wachstum, es kann aber sogar zu Minuswachstum kommen.

Zudem wird eine **Steigerung** der **Produktivität** als Wachstum betrachtet. Das Ausmaß der Erhöhungen wird an Produktivitätsziffern festgemacht. Dabei bestimmt sich die durchschnittliche

Arbeitsproduktivität AP als Quotient aus dem (realen⁸) BIP und der Summe aller geleisteten Arbeitsstunden.

$$\bar{\text{AP}} = \frac{BIP}{\text{Stunden}}$$

Entsprechend meint **Kapitalproduktivität** KP den Quotienten aus BIP und Kapitalstock⁹ KS.

$$\bar{\text{KP}} = \frac{BIP}{KS}$$

Gerade für die langfristige Betrachtung von Wachstum ist die Entwicklung des **Produktionspotentials** PP, die bei weitgehender Auslastung aller vorhandenen Kapazitäten zu erreichende Produktivität, relevant. Dabei ist die **Output-(Produktivitäts-)Lücke** die Differenz zwischen dem BIP und dem PP.¹⁰

⇒ **positive Eigenschaften** von Wachstum sind
 → die Förderung von Beschäftigung
 → die Erleichterung von strukturellen Anpassungen

⁷ in diesem Zusammenhang wird mit sinkender Wichtigkeit auch von Stabilitätspolitik, Wettbewerbspolitik sowie Strukturpolitik zu reden sein

⁸ das reale BIP ist das um die Inflation bereinigte nominelle BIP

⁹ „Der Kapitalstock ist der Zeitwert der in der Vergangenheit durchgeführten Investitionen.“ [Willecke]
 Kapitalstock meint den Bestand an produzierten Produktionsmitteln einer Volkswirtschaft (z. B. Maschinen, betrieblich genutzte Gebäude), in der amtlichen Statistik das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen. [Meyers online]

¹⁰ Üblicherweise gilt $BIP > PP$. Betrachtet man aber die Wachstumsraten, so zeigen sich im Laufe einiger Jahre doch erhebliche Schwankungen, in deren Rahmen dann öfter auch die Steigerung des Produktionspotentials diejenige des BIP übersteigt und vice versa. So gilt in einer Aufschwungphase üblicherweise $\Delta BIP > \Delta PP$, da sich das Wachstum aus zwei Quellen speist: den vorhandenen Fertigungskapazitäten, die noch nicht ausgelastet sind, sowie zusätzliche Kapazitäten, die aufgebaut werden. Derzeit entsprechen die beiden Größen einander $\Delta BIP \sim \Delta PP$, während für 2008 mit einer Umkehr $\Delta PP > \Delta BIP$ zu rechnen ist.

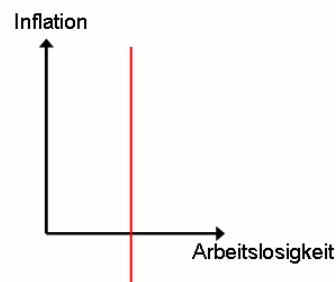
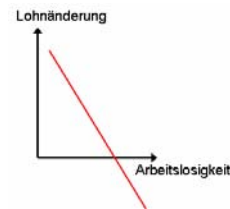
⇒ Wachstum ist als Bestandteil der **Stabilitätspolitik** und Stabilitätspolitik ihrerseits ist in ihren Aspekten zu erklären:

→ die – sechs – **Ziele** der Stabilitätspolitik ergeben sich aus dem Stabilitätsgesetz (*Preisstabilität* [Geldwertstabilität], *hoher Beschäftigungsgrad*, *außenwirtschaftliches Gleichgewicht*, *stetiges und angemessenes Wachstum*) sowie dem EUV, in dem die EU die beiden Ziele *Umweltschutz* und *soziale Einkommensverteilung* zusätzlich festlegt hat

Die für die Stabilitätspolitik definierten Ziele sind für die *Staaten* **nicht hierarchisch** geordnet, alle Ziele sind gleichzeitig anzustreben; die *EZB* als ein Träger der Stabilitätspolitik aber hat als erstes Ziel die Geldwertstabilität und kann bei fehlender Gefährdung der Zielerreichung die anderen Ziele **zusätzlich** unterstützen.

Die Ziele sind im Gesetz nicht konkret formuliert, sie sind **nicht operationalisiert**; die Konkretisierung wurde im Rahmen politisch-volkswirtschaftlicher Meinungsbildungsprozesse durchgeführt und mehrfach angepasst¹¹

Den durch das Stabilitätsgesetz festgelegten Zielen werden manchmal inhärente **Zielkonflikte** unterstellt, die aber nicht existieren (müssen). Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist eine zielkonfliktfreie Konstellation; das Standardbeispiel für einen Zielkonflikt ist der (nur scheinbar existierende) Ausschluss hohen Beschäftigungsgrades und geringer Inflation, wie er durch die (alte) Philipskurve aufgezeigt wird.



Tatsächlich geht man heute davon aus, dass diese Kurve nur bei sehr kurzen Betrachtungszeiträumen gilt, also z.B. in der zeitlichen Nähe erheblicher wirtschaftlicher Störungen, nach deren Auftreten die Wirtschaft noch nicht an die Situation angepasst ist. Bei längerfristigen Betrachtungen aber ist die Philips-Kurve eine Parallele zur Inflation.

→ **Träger** der Stabilitätspolitik sind der **Staat** mit seiner Fiskal-(Haushalts-)Politik, die **EZB** (und die zentralen Notenbanken) sowie die **Arbeitsmarktparteien** (Gewerkschaften, Arbeitgeber-Verbände), deren Rolle¹² oft unterschätzt wird

Im Moment bestehen inflationäre Tendenzen (etwa 2,5% Inflationsrate), sodass die Gefahr entsteht, Gewerkschaften könnten den Versuch unternehmen, das Realeinkommen anzukurbeln (meint: statt nur eine nominelle Lohnerhöhung zu fordern, reale Steigerungen zu argumentieren) – durch „nicht-maßvolle“¹³ Steigerungen aber würde die Preis-/Lohnspirale angeheizt.

¹¹ üblicherweise werden *Geldwertstabilität* über eine Inflationsrate (genauer: HVPI) $\leq 2\%$, *angemessenes Wachstum* als eine die Erreichung der anderen Ziele unterstützende Steigerung des BIP, *hoher Beschäftigungsgrad* durch die nat. AL-Quote und *außenwirtschaftliches Gleichgewicht* als ausgeglichene Zahlungsbilanz definiert

¹² die Einwirkung der Arbeitsmarktparteien sind nur zum Teil direkt wirksam, allerdings haben sie erheblichen Einfluss auf die legitimierten Träger

¹³ die Löhne sollten nicht stärker steigen als die Produktivität

Falls sich aktuell die Inflationserwartungen nicht durchsetzen, kommt es zum Abschwung der Preisauftriebsrate, aber: wenn weitere Kostentreiber¹⁴ kommen steigt die Inflation trotzdem (über 2,5%). Dann kann Stagflation¹⁵ die Folge sein, weil die EZB das Geld verteuern muss und steigender Kostendruck nicht ausgeglichen werden kann.

→ **Instrumente** der Stabilitätspolitik¹⁶

Ein wesentliches Instrument ist die Geldschöpfung¹⁷. Dazu wird in der ersten Stufe den Geschäftsbanken seitens der EZB (ZB-)Geld zur Verfügung gestellt. In der zweiten Stufe stellen die GB den Haushalten und Firmen (Giral-¹⁸)Geld zur Verfügung.

Es kommt manchmal zu Überinvestitionen¹⁹. Aktuell kam es z.B. durch vielfachen Ankauf von Forderungsbündeln, deren zugrunde liegende Kredite not leidend wurden, zur Immobilienkrise.

⇒ **Multiplikator- und Akzelerator**

das Modell des Multiplikatorprozesses geht auf Keynes zurück, der Akzeleratorprozess stellt demgegenüber eine Erweiterung dar und wurde erst von Keynes-Anhängern entwickelt; beide beschreiben die Wirkungen eines Impulses und seiner induzierten Folgen

→ beim Multiplikator geht man von einem autonomen Impuls (z.B. Investition) aus, der über eine Wirkungskette²⁰ zu zusätzlichem, induziertem Konsum führt; die Stärke der Wirkung des Multiplikator's ist dabei reziprok zur Sparneigung

→ der Akzelerator²¹ beschreibt die Wirkungskette²² ausgehend vom Impuls gesteigerten Konsums, der auf dem Multiplikatoreffekt fußt; er endet bei induzierter Investition

⇒ **eigene Meinung** zur aktuellen Lage darstellen

→ z.B. ist die EZB derzeit in einem Dilemma

→ man geht davon aus, dass in wenigen Wochen bereits in den USA und im Laufe des nächsten Jahres auch in Europa eine Senkung des Leitzinses erfolgen wird

→ der Anstieg des Geldverkehrs im Interbankengeldmarkt deutet auf ein starkes Misstrauen der Banken ggü. privaten Kreditnehmern hin

¹⁴ derzeit schon Energie und teilweise Rohstoffe, aber auch manche Lebensmittel

¹⁵ **Stagflation** ist eine Wortneuschöpfung, die sich aus den Begriffen Stagnation und Inflation zusammensetzt und die für wirtschaftliche Stillstands- oder Rezessionsphasen verwendet wird, in denen (entgegen der sonst üblichen Erwartung) die Preise steigen. Als Ursache für dieses Phänomen gelten z.B. die staatliche (häufig inflationsfördernde) Konjunkturpolitik, die Existenz von Monopolen und Oligopolen, die auf Nachfragerückgang mit Preiserhöhung reagieren, und die gewerkschaftliche Durchsetzung von Lohnerhöhungen trotz eingeschränkter Arbeitskräftenachfrage. [Bundeszentrale für politische Bildung]

¹⁶ Wichtigste Instrumente der Strukturpolitik sind neben Infrastrukturmaßnahmen Subventionen (Finanzhilfen und Steuerermäßigungen) an Unternehmen. Die sektorale Wirtschaftsstruktur kann außerdem durch Protektionismus (Zölle, Einfuhrkontingente, Selbstbeschränkungsabkommen oder administrative Handelsbeschränkungen) beeinflusst werden. Träger der Strukturpolitik sind vor allem der Bund, daneben die Länder, zunehmend auch die EU. Die Gemeinden fördern die Gewerbeansiedlungen außer durch Infrastrukturmaßnahmen durch das Anbieten und Erschließen verbilligter Grundstücke in beträchtlichem, wenn auch schwer quantifizierbarem Maße. [Bundeszentrale für politische Bildung]

¹⁷ „Geld entsteht durch Kreditgewährung, durch Rückführung verschwindet das Geld.“ [Willeke]

¹⁸ So wichtig Münzen und Geldscheine für den wirtschaftlichen Alltag sind, so bildet Bargeld doch nur den kleineren Teil des Geldumlaufs zu Zahlungszwecken. Von Konto zu Konto lassen sich größere Zahlungen bequemer und sicherer vornehmen als mit Bargeld. Das wussten schon die Kaufleute und Händler des Mittelalters. Vor allem in der Lombardei, in Oberitalien, entwickelten die Geldwechsler so etwas wie ein Bankensystem. Deshalb sind heute noch zahlreiche Fachausdrücke des Geldwesens italienischen Ursprungs. Das „unsichtbare“ Geld wird in einer Art Kreislauf von Bankkonto zu Bankkonto weitergegeben, weshalb es als **Giralgeld** (aus dem italienischen: giro = der Kreis) bezeichnet wird. Häufig spricht man auch von Buchgeld, weil es nur in den Büchern der Banken erscheint. Mittlerweile erfolgt diese Aufzeichnung überwiegend in elektronischen Dateien. Dabei handelt es sich vor allem um täglich fällige Einlagen (Sichteinlagen) von Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen Kassen oder Privatleuten. [Bundesbank]

¹⁹ Überinvestitionen („Blasen“) stellen einen erhöhten Geldfluß in einen Bereich dar, der die Renditeaussichten nurmehr für einen Teil des Zuflusses sichern kann. Es gibt sogar eine „Überinvestitionstheorie“ (Wickel, geb. 1851, von Hayek, geb. 1899), wonach der Keim des Abschwungs im Konjunkturzyklus bereits im kreditfinanzierten Aufschwung liege, der notwendigerweise zur Überinvestition führe.

²⁰ Multiplikator: autonomer Impuls → gesteigerte Produktion → mehr Beschäftigung → größeres Einkommen → induzierter (höherer) Konsum

²¹ der Akzeleratorprozess kann erst einsetzen, wenn die Überkapazitäten während (resp. zum Ende) eines Aufschwungs zur Neige gehen

²² Akzelerator: induzierter (höherer) Konsum → Engpässe in der Produktion → höhere Investitionen

- **Wirtschaftspolitik** bezeichnet die Einflussnahme²³ des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen, mit **Geldpolitik**²⁴ ist die Beeinflussung der Wirtschaft durch Steuerung des verfügbaren Geldes gemeint²⁵, ihr Träger ist die EZB.
- **Arbeitslosigkeit**
 - **Typen** von Arbeitslosigkeit
 - die unterschiedlichen Gruppen von Arten der AL ergeben sich aus verschiedenen volkswirtschaftlichen Perspektiven
 - ⇒ Ursachen der AL; Gliederung der AL nach klassischer und keynesianischer AL
 - ⇒ die **Sockel-AL** hat wesentlich strukturelle Gründe
 - ⇒ die natürliche AL-Quote hat mit der Auflösung des magischen Vierecks zu tun
 - ⇒ die **unvermeidliche Arbeitslosigkeit** setzt sich aus der Bodensatz-AL, der saisonalen AL sowie der Such-AL²⁶ zusammen
- nach der Veranstaltung eingeforderte, aber nicht erklärte, zusätzliche Themen für die mündliche Prüfung sollen sein:
 - **Inflation** (Wesen, Arten)
 - ⇒ vgl. Repetitorium v. 3.9.2007

Geld und Geldwert

- **Geld** definiert sich durch seine volkswirtschaftliche Funktion:

- ⇒ Tausch- und Zahlungsmittel
- ⇒ Recheneinheit (Rechenmaßstab)
- ⇒ Wertaufbewahrungsmittel⁶
- ⇒ gesetzliches Zahlungsmittel⁶

Der **Nominalzinssatz**
(Marktzinssatz) abzgl.
Inflation ergibt den
Realzinssatz.

der **Geldwert** entspricht der Gütermenge, die man für eine Geldeinheit kaufen kann; man definiert einen Warenkorb, um Veränderungen des Geldwerts festzustellen

- der Durchschnitt aller Preise ist das **Preisniveau**;
wenn das Preisniveau steigt, sinkt der Geldwert:

$$GW = \frac{1}{\text{allg. Preisniveau}}$$

² auch: makroökonomischer Kompromiss

³ Ausnahme: aktuelle Hochphase

⁴ USA: ca. 4%, BRD: ca. 4,6%, EU: ca. 4,5%

⁵ der Vorteil, Vermögen als Barmittel zu halten, ist die hohe Verfügbarkeit, der Nachteil ist die inflationsbedingte Entwertung statt der Geldmehrung durch Zinsen (Keynes befürchtete ein Nachfragedefizit durch das Sparen mit Barmitteln)

⁶ nach dem BGB müssen Gläubiger das Geld zur Schuldentilgung akzeptieren

²³ auch durch die EZB und andere Organe der EU (Rat, Parlament, ...), die speziell in der Wettbewerbspolitik viele Anstöße in die Länder gaben

²⁴ „Der EZB-Rat bestimmt die Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet. Am Tisch sitzen die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums und die zurzeit 13 Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Mitgliedsländer. ... Bis Ende 1998 hatte in Deutschland die Bundesbank dafür zu sorgen, dass der Wert des Geldes erhalten blieb. Ihr hatte der Gesetzgeber die Aufgabe übertragen, mit Hilfe ihrer währungspolitischen Befugnisse den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft zu regeln mit dem Ziel, die Währung zu sichern. Mit der Einführung des Euro ging diese Aufgabe auf das Eurosystem über, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt und den Zentralbanken der Länder besteht, die den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben. Das vorrangige Ziel des Eurosystems ist nach dem Maastrichter Vertrag, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit es ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das Eurosystem die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft. Es ist damit eindeutig wie die Deutsche Bundesbank auf das Hauptziel der Geldwertstabilität verpflichtet.“ [Bundesbank]

²⁵ In den letzten Jahren ist die Geldmenge zu stark angewachsen; so sollte M3 für gewöhnlich jährlich um etwa 4% steigen, derzeit aber stieg sie – auch der Reaktionen gegen die Immobilienkrise wegen – um mehr als 11%.

²⁶ Summe aus Fluktuationsarbeitslosigkeit und ihrem „bösen Bruder“, der Friktionsarbeitslosigkeit

- nach der **Verkehrsgleichung** entspricht das Produkt aus der Zahl der Käufe bzw. dem „Handelsvolumen“ (P) und dem allg. Preisniveau (Y) dem Produkt der Geldmenge (M) und der Umlaufgeschwindigkeit (v): $P \cdot Y = M \cdot v$
das allgemeine Preisniveau ergibt sich demnach zu: $Y = \frac{M \cdot v}{P}$
⇒ für kurze Zeitspannen kann man die Umlaufgeschwindigkeit als konstant annehmen; dann ist der Geldwert stabil, wenn sich die Geldmenge im Ausmaß der Wachstumsrate entwickelt
- um die **Preisentwicklung** zu verfolgen wird regelmäßig der **harmonisierte Verbraucherpreisindex**⁷ HVPI⁸ veröffentlicht, dem ein konsumenten-orientierter Warenkorb zugrunde liegt

Inflation

- **Inflation** – der Wertverlust der Geldeinheit – definiert sich als Prozess ansteigenden Preisniveaus mit der Tendenz zur Selbstbeschleunigung
- Inflation kann zwei Ursachen haben
 - **nachfrageinduzierte Inflation („Preisdruckinflation“)**
 - ⇒ die Gesamtwirtschaft hat einen Nachfrageüberhang, der zu steigenden Preisen führt
 - ⇒ falls die EZB dem Maastrichter Vertrag folgend Staaten kein zusätzliches Geld zur Verfügung stellt⁹
 - ⇒ Nachfrageausweitung durch Geldmengenausweitung
 - **angebotsinduzierte Inflation („Lohndruckinflation“)**
 - ⇒ eine kosteninduzierte Inflation, z.B. durch Kostensteigerungen bei den Rohstoffen
 - ⇒ Versuch, Mehrkosten auf den Käufer abzuwälzen führt zur Inflationssteigerung
 - Inflationierung entsteht noch nicht durch die Mehrkosten, dadurch kommt es nur zum Wunsch der Überwälzung
 - das Überwälzen der Mehrkosten klappt nur bei entsprechender Kaufkraft
 - hebt die EZB die Zinsen an, kann sie die Inflation stoppen, aber nur unter Inkaufnahme der Reduktion wirtschaftlichen Aufschwungs

⁷ auch: Verbrauchsgüterindex

⁸ **Harmonisierter Verbraucherpreisindex HVPI**

Für europäische Zwecke berechnet das Statistische Bundesamt zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) und dem Preisindex für den Einzelhandel seit 1997 auch einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland. Der HVPI wird zur Inflationsmessung in internationalen, meist innereuropäischen Vergleichen herangezogen. Er wird nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet und spiegelt die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. Der HVPI dient u. a. zur Messung des Konvergenzkriteriums Preisstabilität, um beurteilen zu können, ob ein Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beitreten kann. Der HVPI wird für die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), für Norwegen und für Island berechnet. Ferner wird er zu Aggregaten für die Eurozone (Verbraucherpreisindex für die Europäische Währungsunion – VPI-EWU), für die EU (Europäischer Verbraucherpreisindex – EVPI) und für den Europäischen Wirtschaftsraum (Verbraucherpreisindex für den Europäischen Wirtschaftsraum – VPI-EWR) zusammengefasst. Die Europäische Zentralbank nutzt den VPI-EWU für ihre Währungspolitik zur Beurteilung der Preisstabilität innerhalb der Eurozone. **Berechnung des HVPI:** der HVPI fußt auf einer in Verordnungen der Europäischen Kommission und ergänzenden Leitlinien festgelegten Methodik. Er richtet sich wie der deutsche Verbraucherpreisindex (VPI) nach der international angewandten Classification of Individual Consumption by Purpose (COICOP) und wird weitgehend vom VPI abgeleitet. Insbesondere wird die Preiserhebung für den deutschen VPI auch für die Berechnung des deutschen HVPI genutzt. Der HVPI misst – wie auch der deutsche Verbraucherpreisindex – nur reine Preisveränderungen. Dies wird dadurch erreicht, dass die Kosten für ein im Zeitablauf quantitativ und qualitativ unverändertes Bündel von Konsumgütern ermittelt und verglichen werden. Bei den Berechnungen werden deshalb die Verbrauchsstruktur und alle für die Höhe des Preises maßgeblichen Faktoren (u. a. Mengeneinheit, Vertriebsweg, Liefer- und Zahlungsbedingungen) konstant gehalten. Ändert sich eines dieser Merkmale, so kann die Differenz zwischen dem neuen und dem zuletzt gemeldeten Preis eine unechte Preisveränderung enthalten, die anhand verschiedener Qualitätsbereinigerungsverfahren eliminiert wird. Der HVPI ist ein Laspeyres-Preisindex und wird formal als Kettenindex berechnet. In Deutschland werden die Gewichte des Index im Fünf-Jahres-Turnus überarbeitet, wobei die Gewichtungsangaben für den HVPI jedes Jahr auf die Dezember-Preise des Vorjahres aktualisiert werden. Den aktuellen Gewichtungsangaben liegen Verbrauchsstrukturen des Jahres 2000 zu Grunde. Die Erfassungsbereiche des deutschen VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich im Wesentlichen durch die zusätzliche Einbeziehung des vom Eigentümer selbst genutzten Wohneigentums und der Kraftfahrzeugsteuer im deutschen VPI. Im Jahr 2003 werden jedoch Studien durchgeführt, in denen eine mögliche Einbeziehung der Ausgaben der Eigentümer nach dem Nettoerwerbskonzept untersucht wird; Überlegungen zur Einbeziehung der Kraftfahrzeugsteuer in den HVPI gibt es derzeit nicht. [Simplicity GmbH, 2002]

⁹ verdrängen staatliche Kreditwünsche private, so spricht man vom „crowding-out-Effekt“ und es kann zu Hyperinflation (besonders starke Inflation mit Inflationsraten von mehreren 1.000 Prozent p. a.) kommen, die möglicherweise erst mit einer Währungsreform beendet werden kann

- **Wettbewerbspolitik** (Kartelle, abgestimmtes Verhalten, Marktbeherrschung und Fusionskontrolle)
 ⇒ vgl. Repetitorium v. 3./ 4.9.2007 sowie Übung v. 16.1.2006

- „**Wirtschaftspolitik**“ ist die Einflußnahme des Staates und korrelierender Organe (EZB, ...) auf das Wirtschaftsgeschehen; sie besteht aus drei Teilen:

- **Ordnungspolitik**

Grundsatzentscheidung für eine bestimmte **Wirtschaftsordnung**:

⇒ **zentrale Verwaltungswirtschaft**

→ **zentrale Koordination der Planung der Wirtschaftspläne**,

es wird ein zentraler volkswirtschaftlicher Plan an die Wirtschaftssubjekte gegeben

⇒ **Marktwirtschaft**

→ Regelung der Pläne über die Märkte resp. die Preise

Es gibt **niemals eine reine Wirtschaftsordnung**; so wie es bei uns **zentralistische Maßnahmen** gibt, kommt es auch z.B. auf Kuba vor, daß **marktwirtschaftliche Anreize** genutzt und **selbständige Unternehmen** zugelassen werden

- **Stabilitätspolitik**

nach der Installation einer Wirtschaftsordnung bleibt die **Notwendigkeit einer permanenten, begleitenden Stabilitätspolitik**, um die Wirtschaft am Laufen zu halten

⇒ durch **Wettbewerb**, der über eine **Wettbewerbspolitik** beeinflusst wird

⇒ Basis ist das „**Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen**“² (**GW**B) von 1998

Ziel ist dabei immer das **Streben nach gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht** (Aufgabe für Bund und Länder), das schon im Grundgesetz gefordert wird

Ziele der Stabilitätspolitik

⇒ festgelegt im Katalog des **Stabilitätsgesetz**¹ und ergänzt durch EU-Gesetze

⇒ **Mindestlöhne** wären der **erste Eingriff des Staates** in die Einkommenspolitik, –

eigtl. gilt die Tarifautonomie und der Staat ist nicht für die tariflichen Einkommen zuständig

⇒ nach § 1 **StabG** sind **Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht** sowie ein **hoher Beschäftigungsstand** zu erreichen; eine Rangordnung existiert nicht

⇒ der aktuelle **Exportüberschuß** ist die **wichtigste Konjunkturstütze**

⇒ **Ende der 50er/ Anf. 60er** betrug die **AL-Quote** ca. 2%, – damals war bei einer Inflationsrate von ca. 6-7% **Geldwertstabilität** das Hauptproblem; ein Ende kam erst durch eine **straffe Geldpolitik** (Zeit des **Monetarismus**³, Milton Friedmann)

² § 1 **GW**B [Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen]:

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.

³ Der Begriff **Monetarismus** steht für eine Wirtschaftstheorie, nach der die Regulierung der Geldmenge von entscheidender Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist. Eine zu starke Ausdehnung der Geldmenge führt demnach zur Inflation, eine zu starke Bremsung des Geldmengenwachstums zur Deflation. [Wikipedia]

Hauptvertreter des Monetarismus sind: Karl Brunner, Milton Friedman und Allan H. Metzler. Der Monetarismus entstand nach dem 2. Weltkrieg als Folge steigender Inflationsraten. Das „typisch“ keynesianische Problem der Unterbeschäftigung blieb trotz anderslautiger Prophezeiungen aus und es kam nicht zu Nachfragedefiziten sondern im Gegenteil zu Vollbeschäftigung und einem starkem wirtschaftlichem Aufschwung, der das Problem der Inflation in den Vordergrund rückte. Der Monetarismus ist aber kein in sich stabiles und eigenständiges Theoriegebäude sondern kann eher als modernes Gegenstück zum Keynesianismus verstanden werden. Innerhalb dieser Theorie unterscheiden sich einzelne Meinungen noch erheblich. [Net somewhere]



Milton Friedman (* 31. Juli 1912 in Brooklyn, New York) war Professor an der Universität von Chicago. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

Im Zentrum seiner geldtheoretischen Überlegungen steht die These, dass es eine feste langfristige Beziehung zwischen Geldmenge und Inflation (oder auch Deflation) gibt. Damit ist für ihn Inflation ein rein monetäres Phänomen, dem die Zentralbank durch eine strikte Kontrolle der Geldmenge begegnen kann. Er griff die Idee Walter Euckens auf, Geschäftsbanken eine 100-prozentige Mindestreserve vorzuschreiben.

Weiterhin gilt nach Milton Friedman ein Referenzwert von 4,9%, der im Zusammenhang mit dem Geldmengenwachstum und der Inflation steht. [Wikipedia]

- **Strukturpolitik**

Struktur der VW: **Gliederung** nach **Wirtschaftszweigen, Produktionssektoren** oder **Regionen**

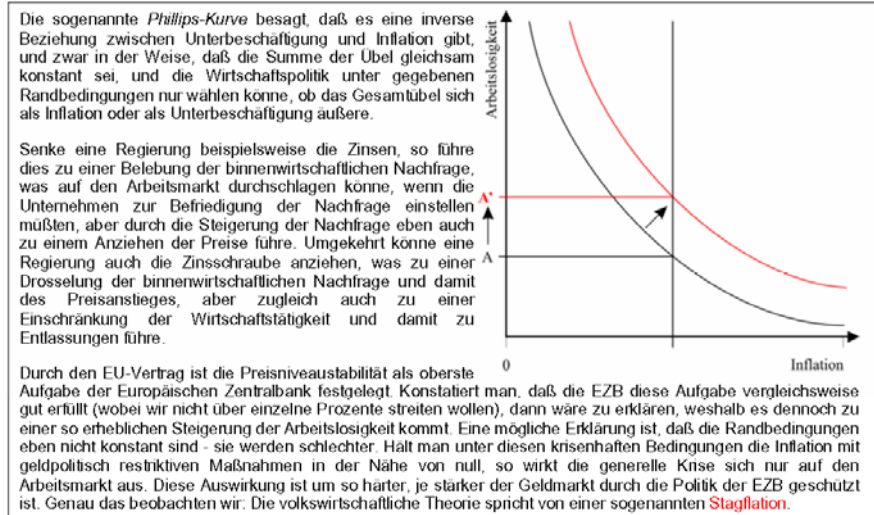
- ⇒ **3-Sektor-Modell**
 - **primärer Wirtschaftssektor** ca. 1% des BIP
Land-/ Forst-Wirtschaft, Fischereiwesen
 - **sekundärer Wirtschaftssektor** ca. 40% des BIP
Industrie, produzierendes Handwerk
 - **tertiärer Wirtschaftssektor** ca. 55-60% des BIP
Dienstleistungen

- ⇒ **Regionalstrukturen**

- wichtige **Rolle** in **EU-Politik**
 - Länder mit üppigen EU-Strukturhilfen waren: Portugal, Spanien u.a.
- **Konflikte** zwischen Ordnungs- und Strukturpolitik möglich:
wie lange sollen **Subventionen** gewährt werden?
 - **Kampf Airbus vs. Boing**: B wirft A vor, Subventionen zu erhalten, und A wirft B vor, wegen der hohen Volumina im militärischen Bereich (Staatsaufträge) eine besonders hohe Fixkostendeckung zu erreichen und damit „heimlich“ subventioniert zu werden
 - Sind die Subventionen für Windkraftanlagen richtig?

- ⇒ **„Theorie der Zielkonflikte“**

Man kann **Geldwertstabilität** nur durch **höhere Arbeitslosigkeit** **erkaufen**; die zugehörige **„Philips-Kurve“** wird aber heute nicht mehr so eindeutig bewertet.



- ⇒ Die EZB hat die **Zinsen** von 2 auf 2,25% **erhöht** und im März wird eine weitere Erhöhung erwartet; doch was bedeutet es, wenn der Geldwert stabil ist? Was bedeutet „hoher Beschäftigungsgrad“ usw.

- **Geldwertstabilität**

EZB: „Der Geldwert ist stabil, wenn die Inflationsrate kleiner gleich 2% ist“⁴

⁴ „Zwar gibt der EG-Vertrag die Gewährleistung der Preisstabilität eindeutig als das vorrangige Ziel des Eurosystems vor, doch enthält er keine genaue Definition davon, was unter Preisstabilität zu verstehen ist. Um dieses Ziel genauer zu bestimmen, gab der EZB-Rat 1998 die folgende quantitative Definition bekannt: ‚Preisstabilität wird definiert als Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das Euro-Währungsgebiet von unter 2% gegenüber dem Vorjahr. Preisstabilität muss mittelfristig gewährleistet werden.‘ Nach einer gründlichen Überprüfung seiner geldpolitischen Strategie im Jahr 2003 stellte der EZB-Rat zudem klar, dass er im Rahmen der Definition darauf abziele, mittelfristig eine Preissteigerungsrate unter, aber nahe der 2%-Marke beizubehalten.“ [EZB]
→ vgl. „ezb_geldpolitik_2004_060117.pdf“, Seite 52

Wirtschaftspolitik

- unter **Wirtschaftspolitik** versteht man die **Einflussnahme des Staats auf die Wirtschaft** entsprechend bestimmter Zielsetzungen; obwohl die EZB unabhängig ist, gehört auch sie zur Wirtschaftspolitik
- Wirtschaftspolitik gliedert sich in



- **Ordnungspolitik**

die **erste Aufgabe** ist eine **Grundsatzentscheidung** für eine **Wirtschaftsordnung**,

BRD: Marktwirtschaft

die **zweite Aufgabe** ist, durch **Wettbewerbspolitik** einen **funktionsfähigen Wettbewerb** zu erhalten

⇒ es ist Aufgabe der Wettbewerbspolitik, **Wettbewerbsbeschränkungen zu verhindern**³

⇒ man unterscheidet

- **statische** und

→ Steuerung auf ein **Gleichgewicht**

→ **optimale Faktorkombination**⁴

→ **optimale Faktorallokation**⁵

→ **leistungsgerechte Einkommensverteilung** („funktionale Einkommensverteilung“)

¹ der math. Durchschnitt aller aktuellen Preise

² deshalb kam es zu den Währungsreformen nach dem I. und II. Weltkrieg

³ z.B. indem ein Verbot marktbeherrschender Stellung durchgesetzt und in einzelnen Fällen auf dessen Grundlage Fusionen durch die Kartellbehörde verhindert werden; vgl. „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“, § 1 GWB [Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen]: „Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“

⁴ Suche nach einer Kombination der Faktoren, die für eine definierte Planmenge minimale Kosten nach sich ziehen (VWL und BWL)

⁵ bestmögliche Aufteilung der Faktoren nach ihren Beiträgen zum BIP (sprich: nach ihrer Produktivität) anhand geografischer oder anderer Kriterien

- **dynamische** Wettbewerbsfunktionen
 - **Auslesefunktion**
 - **Fortschrittsfunktion** (Produktverbesserungen)
 - **Leistungsanreize**

- **Strukturpolitik**

Strukturpolitik meint die **Einflussnahme des Staats auf bestimmte Wirtschaftszweige** (regional oder branchenbezogen)

- ⇒ z.B. Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen
- ⇒ spezielle Form ist die **Industriepolitik**, wie sie in Frankreich und den USA üblich ist (Förderung „nationaler Champions“)
- solche Aktivitäten sind ein Reibungspunkt zwischen Struktur- und Ordnungspolitik

- **Stabilitätspolitik**

das oberste Ziel ist die **Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts**, wie es sich bereits aus dem Grundgesetz und dem Stabilitätsgesetz⁶ ergibt; zusätzliche – nicht hierarchisch gegliederte – Ziele sind:

- **Geldwertstabilität**
- **hoher Beschäftigungsstand**
- **angemessenes, stetiges Wachstum**

Stabilitätspolitik

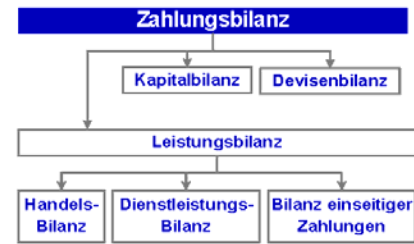
- auch wenn vom Gesetz her die drei genannten Ziele gleichzeitig⁷ erreicht werden sollen und damit keine Priorisierung erfolgt, liegt in der Praxis der politische Focus immer auf dem am meisten Verfehlten
 - ⇒ Ende der 1960er gab es eine Inflation von 6–7% bei nahezu Vollbeschäftigung, damals gab es eine Politikänderung zur Geldmengensteuerung und ein Aufkommen des Monetarismus, heute ist die Inflation unproblematisch und man gibt dem Beschäftigungsproblem politisch mehr Raum
- zusätzlich zu den bereits 1967 definierten Zielen sind im europäischen Vertrag⁷ die Ziele
 - **Umweltschonung** und Nachhaltigkeit sowie
 - **soziale Einkommensverteilung**

hinzugekommen

⁶ § 1 StabG
Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

⁷ Der Vertrag über die Europäische Union (auch als Vertrag von Maastricht bezeichnet, kurz: EUV) wurde am 7. Februar 1992 im niederländischen Maastricht vom Europäischen Rat unterzeichnet und stellt die bis dahin größte Änderung der Verträge seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften dar. Mit diesem Vertragswerk wurde die Europäische Union (EU) als übergeordneter Verbund für die Europäischen Gemeinschaften, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres gegründet. [wikipedia]
vgl. „Jex_euv.pdf“, Artikel 2: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“

- die gesetzlich vorgegebenen Ziele sind **nicht operational**, es handelt sich um „Richtungsziele“, die von der Politik weiter **konkretisiert** werden müssen, um sie verfolgen zu können
 - **außenwirtschaftliches Gleichgewicht** meint als Zieldefinition eine **ausgeglichene Zahlungsbilanz**; die Zahlungsbilanz setzt sich zusammen aus:
 - **Leistungsbilanz**
Summe aus:
 - **Handelsbilanz**⁸
Im- und Export von Waren
 - **Dienstleistungs-Bilanz**
Im- und Export von Dienstleistungen
 - **Bilanz einseitiger Zahlungen**
Zahlungen an EU, NATO, UNO, ...
 - **Kapital(verkehrs)bilanz**⁹
der Kapitalfluss und dessen Saldo schwankt für die BRD je nach den Zinsverhältnissen
 - **Devisenbilanz**
ein „Zahlungsdefizit“ im Bereich der Devisen meint einen Überschuss der Verpflichtungen ggü. dem Ausland
 - **Geldwertstabilität** definiert man als Inflation „nahe bei aber unter 2%“¹⁰
 - beim Anstreben einer **0%-Inflation** bestände die Gefahr, dass man sich womöglich aufgrund von Rechenfehlern statt in einer 0%-Inflation in einer Deflation befände, zudem wird Inflation auch als „Schmiermittel“ für die Wirtschaft gewertet
 - **hoher Beschäftigungsstand** liegt vor, wenn die **Arbeitslosenquote** der „natürlichen Arbeitslosenquote“ entspricht; das ist auch ein Beitrag zu gesamtwirtschaftlicher Stabilität
 - **stetiges und angemessenes Wachstum** liegt vor, wenn das Wachstum keinen größeren Sprüngen (nach oben oder unten) unterliegt und das Wachstum die nötige Kraft hat, um alle anderen drei Ziele befördern zu können (jedenfalls: sie nicht zu behindern)
- mögliche **Konflikte** (Zielkonflikte) treten auf
 - ⇒ wenn die meiste (politische) Kraft und Investitionsanreize auf eine Steigerung des Wachstums verwendet werden und damit die Geldwertstabilität negativ beeinflusst wird oder
 - ⇒ ein Land eine deutlich erhöhte Inflationsrate hat und damit die Exporte geschwächt sowie die Importe gestärkt werden, weil dann die Leistungsbilanz defizitär wird



⁸ die BRD ist nur in der Handelsbilanz „Weltmeister“, – bei der Dienstleistungsbilanz besteht ein kleines und bei den einseitigen Übertragungen ein großes Defizit

⁹ Kapitalbilanz ist die statistische Erfassung der grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen eines Landes innerhalb einer Periode; Teilbilanz der Zahlungsbilanz. Zu unterscheiden sind die Kapitalbilanz im engeren Sinn, in der die Kapitalbewegungen der Geschäftsbanken und der Nichtbanken (Unternehmen, private Haushalte) erfasst werden, und die Devisenbilanz, in der sich die Kapitaltransaktionen der Zentralbanken mit dem Ausland niederschlagen. [Bundeszentrale für politische Bildung, Brockhaus]

¹⁰ diese Vorgabe hat sich die EZB selbst gemacht und veröffentlicht